Amtliche Abkürzung: KIPG

Ausfertigungsdatum: 25.11.2015
Gültig ab: 08.12.2015
Gültig bis: 31.12.2052
Dokumenttyp: Gesetz
Quelle:

8

Fundstelle: GVBI. 2015, 414

Gliederungs-Nr: 330-49

Gesetz zur Stärkung der Investitionstätigkeit von Kommunen und Krankenhausträgern durch ein Kommunalinvestitionsprogramm (Kommunalinvestitionsprogrammgesetz - KIPG)

Vom 25. November 2015*

Gesamtausgabe in der Gültigkeit vom 12.10.2021 bis 31.12.2052

Stand: letzte berücksichtigte Änderung: zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 30. September 2021 (GVBl. S. 636)

Fußnoten

*) Verkündet als Artikel 1 des Gesetzes zur Stärkung der Investitionstätigkeit von Kommunen und Krankenhausträgern durch ein Kommunalinvestitionsprogramm und zur Änderung von Rechtsvorschriften vom 25. November 2015 (GVBI. S. 414)

Nichtamtliches Inhaltsverzeichnis

Titel	Gültig ab
Gesetz zur Stärkung der Investitionstätigkeit von Kommunen und Krankenhausträgern durch ein Kommunalinvestitionsprogramm (Kommunalinvestitionsprogrammgesetz - KIPG) vom 25. November 2015	08.12.2015 bis 31.12.2052
Erster Teil - Förderung der Investitionstätigkeit von Kommunen und Kran- kenhausträgern durch ein Kommunalinvestitionsprogramm	12.10.2017 bis 31.12.2052
§ 1 - Fördervolumen, Finanzierung und Verteilung der Mittel	12.10.2021 bis 31.12.2052
§ 2 - Darlehensprogramm der WIBank	12.10.2021 bis 31.12.2052
§ 3 - Darlehen für Investitionen im Programmteil Wohnraum	12.10.2017 bis 31.12.2052

Titel	Gültig ab
§ 4 - Bürgschaftsermächtigung	12.10.2017 bis 31.12.2052
§ 5 - Fördervoraussetzungen	12.10.2021 bis 31.12.2052
§ 6 - Bewilligungsverfahren	12.10.2017 bis 31.12.2052
§ 7 - Verwendungsnachweis	12.10.2017 bis 31.12.2052
§ 8 - Rückforderung und erneute Bereitstellung von Fördermitteln	12.10.2017 bis 31.12.2052
§ 9 - Berichts- und Nachweispflichten	12.10.2017 bis 31.12.2052
§ 10 - Anwendbarkeit von Vorschriften des Hessischen Finanzausgleichsgesetzes	04.07.2020 bis 31.12.2052
§ 11 - Anwendbarkeit von Vorschriften der Hessischen Gemeindeordnung	12.10.2021 bis 31.12.2052
§ 12 - Prüfungsrechte der Rechnungshöfe	12.10.2017 bis 31.12.2052
Zweiter Teil - Förderung der Investitionstätigkeit der Schulträger durch ein Kommunalinvestitionsprogramm II	12.10.2017 bis 31.12.2052
§ 13 - Förderziel, Fördervolumen, Finanzierung und Verteilung der Mittel	09.05.2018 bis 31.12.2052
§ 14 - Darlehensprogramm der WIBank	12.10.2021 bis 31.12.2052
§ 15 - Fördervoraussetzungen	12.10.2021 bis 31.12.2052
§ 16 - Bewilligungsverfahren	12.10.2017 bis 31.12.2052
§ 17 - Verwendungsnachweis, Berichts- und Nachweispflichten	12.10.2017 bis 31.12.2052
§ 18 - Rückforderung und erneute Bereitstellung von Mitteln	12.10.2017 bis 31.12.2052
§ 19 - Anwendbarkeit von Vorschriften des Hessischen Finanzausgleichs- gesetzes und der Hessischen Gemeindeordnung sowie Prüfungsrechte der Rechnungshöfe	04.07.2020 bis 31.12.2052

Titel	Gültig ab
Dritter Teil - Schlussvorschrift	12.10.2017 bis 31.12.2052
§ 20 - Inkrafttreten, Außerkrafttreten	12.10.2017 bis 31.12.2052
Anlage 1 - Kontingentverteilung Kommunalinvestitionsprogramm	12.10.2017 bis 31.12.2052
Anlage 2 - Kontingentverteilung Kommunalinvestitionsprogramm II	09.05.2018 bis 31.12.2052

Erster Teil Förderung der Investitionstätigkeit von Kommunen und Krankenhausträgern durch ein Kommunalinvestitionsprogramm

§ 1 Fördervolumen, Finanzierung und Verteilung der Mittel

- (1) Zur Stärkung der Investitionstätigkeit gewährt das Land im Rahmen des Hessischen Kommunalinvestitionsprogramms den in der Anlage 1 aufgeführten Gemeinden und Landkreisen (Kommunen) auf Antrag eine Investitionsförderung bis zur Höhe der dort genannten Beträge (Kontingente). Kommunen, in denen ein Standort zur Erstaufnahme von Flüchtlingen betrieben wird, wird eine zusätzliche Investitionsförderung gewährt. Darüber hinaus werden Investitionen der Kommunen zur Schaffung von bezahlbarem Wohnraum und von Unterkünften zur Unterbringung von Flüchtlingen gefördert (Programmteil Wohnraum). Zudem gewährt das Land zur strukturellen Verbesserung der Krankenhausinfrastruktur ausgewählten Krankenhausträgern für prioritäre Maßnahmen eine Investitionsförderung.
- (2) Das Hessische Kommunalinvestitionsprogramm umfasst ein Fördervolumen von bis zu 1 032 724 202 Euro. Es wird finanziert durch die vom Bund nach § 2 des Kommunalinvestitionsförderungsgesetzes vom 24. Juni 2015 (BGBl. I S. 974, 975), zuletzt geändert durch Gesetz vom 10. September 2021 (BGBl. S. 4147), dem Land Hessen zur Verfügung gestellten Finanzhilfen in Höhe von 317 138 500 Euro (Bundeszuschuss) sowie durch Darlehen der Wirtschafts- und Infrastrukturbank Hessen (WIBank).
- (3) Die Darlehen werden den in der Anlage 1 aufgeführten Kommunen in Höhe von 35 366 000 Euro als Komplementärfinanzierung im Sinne des § 6 Abs. 1 Satz 1 des Kommunalinvestitionsförderungsgesetzes (Programmteil Komplementärfinanzierung Bundesprogramm) und in Höhe von 373 219 702 Euro für zusätzliche Maßnahmen zur Verfügung gestellt (Programmteil Kommunale Infrastruktur); davon ist ein Kontingent von 25 000 000 Euro für Investitionen von Kommunen, in denen ein Standort zur Erstaufnahme von Flüchtlingen betrieben wird, vorbehalten. Weitere Darlehen in Höhe von 230 000 000 Euro sind für Maßnahmen nach Abs. 1 Satz 3 im Programmteil Wohnraum und in Höhe von 77 000 000 Euro für Investitionen in die Krankenhausinfrastruktur (Programmteil Krankenhäuser) vorgesehen.
- (4) Der Bundeszuschuss wird nach Maßgabe dieses Gesetzes, des Kommunalinvestitionsförderungsgesetzes, der Verwaltungsvereinbarung nach § 9 Satz 1 des Kommunalinvestitionsförderungsgesetzes sowie einer Förderrichtlinie des Hessischen Ministeriums der Finanzen gewährt. Die Darlehen wer-

den nach Maßgabe dieses Gesetzes sowie der Förderrichtlinie des Hessischen Ministeriums der Finanzen vergeben. Abweichend von Satz 2 ist bei Darlehen für Investitionen in dem Programmteil Wohnraum die Förderrichtlinie des Hessischen Ministeriums für Umwelt, Klimaschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz sowie in dem Programmteil Krankenhäuser die Förderrichtlinie des Hessischen Ministeriums für Soziales und Integration maßgebend.

§ 2 Darlehensprogramm der WIBank

- (1) Das Darlehensprogramm nach § 1 Abs. 2 Satz 2 umfasst ein Volumen von bis zu 715 585 702 Euro und eine Laufzeit von bis zu 30 Jahren. Das Land bedient sich zur Finanzierung und Umsetzung des Programms der WIBank. Die für die Finanzen zuständige Ministerin oder der hierfür zuständige Minister wird ermächtigt, mit der WIBank eine Vereinbarung über die Abwicklung des Hessischen Kommunalinvestitionsprogramms zu schließen, die auch die Finanzhilfen des Bundes nach dem Kommunalinvestitionsförderungsgesetz umfasst.
- (2) Die nach § 6 Abs. 1 Satz 1 des Kommunalinvestitionsförderungsgesetzes erforderliche Komplementärfinanzierung kann auf Antrag der Kommune durch ein Darlehen der WIBank mit einer Laufzeit von zehn Jahren sichergestellt werden (Programmteil Komplementärfinanzierung Bundesprogramm). Darlehensgeberin ist die WIBank, Darlehensnehmerin ist die Kommune. Die Darlehenstilgung obliegt der Kommune. Die Darlehenszinsen trägt das Land.
- (3) Auf Antrag werden den Kommunen und Krankenhausträgern Darlehen für Investitionen mit einer Laufzeit von bis zu 30 Jahren zur Verfügung gestellt (Programmteile Kommunale Infrastruktur und Krankenhäuser). Die Tilgung der Darlehen erfolgt im Programmteil Kommunale Infrastruktur zu vier Fünfteln durch das Land und zu einem Fünftel durch die Kommunen und im Programmteil Krankenhäuser zu zwei Dritteln durch das Land und zu einem Drittel durch die Krankenhausträger. Die Darlehenszinsen für die ersten zehn Jahre der Finanzierung trägt das Land. Ab dem elften Jahr tragen die Kommunen oder die Krankenhausträger die Zinsen. Vom elften bis zwanzigsten Jahr gewährt das Land den Kommunen oder den Krankenhausträgern auf Antrag eine Zinsdiensthilfe in Höhe von einem Prozentpunkt. Bei einem Zinssatz von weniger als einem Prozent ist die Zinsdiensthilfe auf den tatsächlichen Zinssatz begrenzt. Für die Finanzierung vom elften bis zwanzigsten Jahr kann den Kommunen eine zusätzliche Zinsdiensthilfe aus dem Landesausgleichstock nach § 58 Abs. 4 des Hessischen Finanzausgleichgesetzes vom 23. Juli 2015 (GVBI. S. 298), zuletzt geändert durch Gesetz vom 30. September 2021 (GVBI. S. 636), in Höhe von einem weiteren Prozentpunkt gewährt werden. Satz 6 gilt entsprechend.
- (4) Die Darlehen in den Programmteilen Infrastruktur, Krankenhäuser und Komplementärfinanzierung Bundesprogramm werden von der WIBank bis zur Höhe der von den Kommunen oder Krankenhausträgern mitgeteilten voraussichtlichen förderfähigen Ausgaben pauschal ausgezahlt. Mit Zugang der Maßnahmenanmeldung bei der WIBank gilt der Mittelabruf als erfolgt. Die Auszahlung erfolgt nach erfolgter Bewilligung, frühestens am 15. August 2020. Die Kommunen haben die Mittel bis spätestens 31. Dezember 2023 zu verausgaben. Die Krankenhausträger sollen die Mittel bis spätestens 31. Dezember 2024 verausgaben.

Die Laufzeit der Darlehen im Programmteil Wohnraum beträgt bis zu 30 Jahre. Darlehensgeberin ist die WIBank, Darlehensnehmer ist die Kommune oder der kommunalersetzende Maßnahmenträger. Die Darlehenstilgung obliegt der Kommune oder dem kommunalersetzenden Maßnahmenträger. Die Darlehenszinsen für die ersten fünfzehn Jahre der Finanzierung trägt das Land. Ab dem sechzehnten Jahr trägt die Kommune oder der kommunalersetzende Maßnahmenträger die Zinsen. Das Nähere regelt die Förderrichtlinie des für das Wohnungswesen zuständigen Ministeriums.

§ 4 Bürgschaftsermächtigung

Das für Finanzen zuständige Ministerium wird ermächtigt, für folgende Verpflichtungen aus Darlehensverträgen von nicht kommunalen Darlehensnehmern Bürgschaften gegenüber der WIBank zu übernehmen:

- 1. Für Verpflichtungen aus Darlehensverträgen im Programmteil Wohnraum nach § 1 Abs. 3 Satz 2 bis zu einem Gesamtbetrag von 230 000 000 Euro zuzüglich der vertraglich geschuldeten Sollzinsen.
- 2. Für Verpflichtungen aus Darlehensverträgen im Programmteil Krankenhäuser nach § 1 Abs. 3 Satz 2 bis zu einem Gesamtbetrag von 25 666 667 Euro zuzüglich der vertraglich geschuldeten Sollzinsen.

§ 5 Fördervoraussetzungen

- (1) Die Finanzhilfen des Bundes sind für Investitionen nach § 3 des Kommunalinvestitionsförderungsgesetzes zu verwenden; dasselbe gilt für die Darlehen nach § 1 Abs. 3 Satz 1 im Programmteil Komplementärfinanzierung Bundesprogramm.
- (2) Darlehen für zusätzliche Maßnahmen nach § 1 Abs. 3 Satz 1 im Programmteil Kommunale Infrastruktur sind in folgenden Bereichen zu verwenden:
- a) Investitionen in Ganztagsschulen (Pakt für den Nachmittag),
- b) sonstige Bildungsinfrastrukturinvestitionen,
- Verbesserung der Mobilität (insbesondere Instandhaltung und Sanierung von Straßen und Fußgängerwegen, Neuerrichtung, Instandhaltung und Sanierung von Radwegen, Verbesserungen im öffentlichen Personennahverkehr, Elektromobilität, Herstellung der Barrierefreiheit),
- d) Breitbandausbau in der Informationstechnologie,
- e) sonstige kommunale Infrastrukturinvestitionen.

Bis zu 20 Prozent der Darlehen im Programmteil Kommunale Infrastruktur können für kleinere Instandhaltungsmaßnahmen und Anschaffungen in Anspruch genommen werden (Pauschalmittel).

- (3) Einrichtungen, die durch Gebühren oder Beiträge vollständig zu finanzieren sind, werden nicht gefördert.
- (4) Darlehen für Maßnahmen nach § 1 Abs. 3 Satz 2 im Programmteil Wohnraum sind zur Schaffung, einschließlich der Modernisierung, von bezahlbarem Wohnraum und von Unterkünften zur Unterbringung von Flüchtlingen, im Programmteil Krankenhäuser für Investitionen in die Krankenhausinfrastruktur zu verwenden.
- (5) Die Maßnahmen müssen nach dem 30. Juni 2015 begonnen werden. Für Maßnahmen aus dem Bundesprogramm und für die entsprechende Komplementärfinanzierung gilt für das Maßnahmenende § 5 des Kommunalinvestitionsförderungsgesetzes. Maßnahmen, die aus dem Landesprogramm finanziert werden, müssen bis zum 31. Dezember 2023 vollständig abgenommen sein. Dies gilt nicht für den Programmteil Wohnraum, in dem nur der Maßnahmenbeginn bis zum 31. Dezember 2023 erfolgen muss. Abweichend von Satz 3 sollen Maßnahmen aus dem Programmteil Krankenhäuser bis zum 31. Dezember 2024 vollständig abgenommen sein.
- (6) Die Förderung erfolgt trägerneutral. Finanzierungsanteile Dritter mindern die förderfähigen Kosten.
- (7) Eine Kombination der Investitionsförderung aus dem Bundes- oder Landesprogramm mit anderen Förderprogrammen des Landes, des Bundes oder der Europäischen Union ist nicht zulässig. Dies gilt nicht für den Programmteil Wohnraum. § 4 des Kommunalinvestitionsförderungsgesetzes und § 23 Abs. 1 Satz 1 des Hessischen Krankenhausgesetzes 2011 vom 21. Dezember 2010 (GVBI. I S. 587), zuletzt geändert durch Gesetz vom 13. September 2018 (GVBI. S. 599), bleiben unberührt.

§ 6 Bewilligungsverfahren

- (1) Bewilligungsstelle für Darlehen im Programmteil Krankenhäuser ist das für Soziales zuständige Ministerium, für Darlehen im Programmteil Wohnraum das für das Wohnungswesen zuständige Ministerium, im Übrigen das für Finanzen zuständige Ministerium. Die Bewilligungsstelle kann ihre Befugnisse auf Dritte übertragen.
- (2) Antragssteller sind die Kommunen, im Programmteil Wohnraum zusätzlich die kommunalersetzenden Maßnahmenträger und im Programmteil Krankenhäuser die Krankenhausträger.
- (3) Anträge auf Investitionsförderung sollen bei der Bewilligungsstelle in schriftlicher und elektronischer Form bis zum 30. Juni 2016 nach einem vorgegebenen Muster gestellt werden. Form und Frist gelten nicht für den Programmteil Wohnraum. Die Bewilligungsstelle teilt den Antragstellern mit, wenn Bedenken gegen die Förderung einer Maßnahme bestehen. Die Antragsteller sind für die Einhaltung der Fördervoraussetzungen verantwortlich.
- (4) Ein Rechtsanspruch auf Gewährung einer Zuwendung oder Abschluss eines Darlehens für eine bestimmte Maßnahme besteht nicht. Die Bewilligungsstelle entscheidet nach pflichtgemäßem Ermessen und auf Grundlage der in der Anlage festgelegten Kontingente.

§ 7

Verwendungsnachweis

Die zweckentsprechende Verwendung der Fördermittel ist für jede Maßnahme durch die Kommune, den kommunalersetzenden Maßnahmenträger oder den Krankenhausträger innerhalb von sechs Monaten nach Abschluss der Maßnahme nachzuweisen. Das Nähere regeln die Förderrichtlinien. Die Frist gilt nicht für den Programmteil Wohnraum. Das Nähere regeln die Förderrichtlinien.

§ 8

Rückforderung und erneute Bereitstellung von Fördermitteln

- (1) Fördermittel, die von einer Kommune nicht in Anspruch genommen werden, können abweichend von der in der Anlage geregelten Verteilung durch die Bewilligungsstelle neu bereitgestellt werden.
- (2) Soweit bei einer Maßnahme Fördermittel nicht zweckentsprechend verwendet worden sind, werden die Finanzhilfen des Bundes und die Darlehen zurückgefordert. Dasselbe gilt bei Überschreiten der Förderquote des Bundes nach § 6 Abs. 1 Satz 1 des Kommunalinvestitionsförderungsgesetzes in Höhe von 90 Prozent der förderfähigen Kosten bezogen auf die einzelne Maßnahme. Zurückgezahlte Fördermittel können für andere im jeweiligen Kontingent förderfähige Maßnahmen erneut angefordert und verwendet werden.
- (3) Zurückzuzahlende Fördermittel sind zu verzinsen. Der Zinssatz bestimmt sich nach dem jeweiligen Darlehenszinssatz der WIBank. Abweichend hiervon gilt hinsichtlich zurückzuzahlender Bundeszuschüsse der Zinssatz für Kredite des Bundes zur Deckung von Ausgaben, den das Bundesministerium der Finanzen jeweils durch Rundschreiben an die obersten Bundesbehörden bekannt gibt; er beträgt jedoch mindestens 0,1 Prozent jährlich. Die weiteren Kosten trägt die Kommune oder der Krankenhausträger.

§ 9 Berichts- und Nachweispflichten

Die Kommunen, die kommunalersetzenden Maßnahmenträger und Krankenhausträger haben über die geförderten Investitionsvorhaben sowie über die abgeschlossenen Maßnahmen zu berichten. Das Nähere regeln die Förderrichtlinien.

§ 10

Anwendbarkeit von Vorschriften des Hessischen Finanzausgleichsgesetzes

§ 56 des Hessischen Finanzausgleichgesetzes findet in den Programmteilen Krankenhäuser und Wohnraum keine Anwendung; dasselbe gilt im Programmteil Kommunale Infrastruktur bei der Verteilung des Kontingents, das für Investitionen von Kommunen vorbehalten ist, in denen ein Standort zur Erstaufnahme von Flüchtlingen betrieben wird.

§ 11

- (1) Abweichend von § 103 Abs. 1 Satz 1 der Hessischen Gemeindeordnung dürfen auch Erhaltungsmaßnahmen und Anschaffungen unabhängig von der Höhe der Kosten mit Darlehen aufgrund dieses Gesetzes finanziert und wie Investitionen im Finanzhaushalt gebucht werden. Abweichend von den allgemeinen Abschreibungsregeln können Investitionen, die im Programmteil Kommunale Infrastruktur finanziert werden, über die Laufzeit der Darlehen abgeschrieben werden.
- (2) Die Kreditaufnahmen der Kommunen im Rahmen dieses Gesetzes gelten nach § 94 Abs. 2 Satz 1 Nr. 1 Buchst. b der Hessischen Gemeindeordnung in der Haushaltssatzung als festgesetzt und nach § 103 Abs. 2 Satz 1 der Hessischen Gemeindeordnung als genehmigt. Die Genehmigungsfiktion gilt abweichend von § 103 Abs. 3 der Hessischen Gemeindeordnung bis längstens zum Ablauf des fünften auf den Maßnahmenbeginn folgenden Haushaltsjahres.
- (3) Abweichend von § 98 Abs. 2 Nr. 2 bis 4 der Hessischen Gemeindeordnung ist eine Nachtragssatzung nicht erforderlich. Die für die Durchführung der nach diesem Gesetz geförderten Maßnahmen erforderlichen Auszahlungsermächtigungen können außerplanmäßig nach § 100 der Hessischen Gemeindeordnung bereitgestellt werden. Die in diesen Vorschriften genannten Voraussetzungen gelten als erfüllt.

§ 12 Prüfungsrechte der Rechnungshöfe

Die Prüfungsrechte des Hessischen Rechnungshofes, des Präsidenten des Hessischen Rechnungshofes - Überörtliche Prüfung kommunaler Körperschaften - und des Bundesrechnungshofes bleiben unberührt.

Zweiter Teil Förderung der Investitionstätigkeit der Schulträger durch ein Kommunalinvestitionsprogramm II

§ 13 Förderziel, Fördervolumen, Finanzierung und Verteilung der Mittel

- (1) Das Land gewährt zur Stärkung der Investitionstätigkeit im Bereich der Bildungsinfrastruktur im Rahmen des Kommunalinvestitionsprogramms II den in der Anlage 2 aufgeführten Gemeinden und Gemeindeverbänden (öffentliche Schulträger) auf Antrag eine Förderung bis zur Höhe der dort genannten Beträge (Kontingente).
- (2) Das Kommunalinvestitionsprogramm II umfasst ein Fördervolumen von bis zu 558 566 450 Euro. Es wird finanziert durch die vom Bund nach § 11 des Kommunalinvestitionsförderungsgesetzes dem Land Hessen zur Verfügung gestellten Finanzhilfen in Höhe von 329 976 500 Euro (Programmteil Bundesprogramm Schule) sowie durch Darlehen der WIBank.
- (3) Die Darlehen werden den in der Anlage 2 aufgeführten öffentlichen Schulträgern in Höhe von 110 002 000 Euro als Komplementärfinanzierung in Höhe von mindestens 25 Prozent im Sinne des § 6 Abs. 1 Satz 1 des Kommunalinvestitionsförderungsgesetzes (Programmteil Komplementärfinanzierung

Bundesprogramm Schule) und in Höhe von 118 587 950 Euro für zusätzliche Maßnahmen im Bereich der Bildungsinfrastruktur zur Verfügung gestellt (Programmteil Landesprogramm Schule).

(4) Der Programmteil Bundesprogramm Schule des Kommunalinvestitionsprogramms II wird nach Maßgabe dieses Gesetzes, des Kommunalinvestitionsförderungsgesetzes, der Verwaltungsvereinbarung nach § 16 Satz 1 des Kommunalinvestitionsförderungsgesetzes sowie einer Förderrichtlinie des Hessischen Ministeriums der Finanzen gewährt. Die Darlehen werden nach Maßgabe dieses Gesetzes sowie der Förderrichtlinie des Hessischen Ministeriums der Finanzen vergeben.

§ 14 Darlehensprogramm der WIBank

- (1) Das Darlehensprogramm nach § 13 Abs. 3 umfasst ein Volumen von bis zu 228 589 950 Euro und eine Laufzeit von bis zu 30 Jahren. Das Land bedient sich zur Finanzierung und Umsetzung des Programms der WIBank. Die für die Finanzen zuständige Ministerin oder der hierfür zuständige Minister wird ermächtigt, mit der WIBank eine Vereinbarung über die Abwicklung des Kommunalinvestitionsprogramms II zu schließen, die auch die Finanzhilfen des Bundes nach dem Kommunalinvestitionsförderungsgesetz umfasst.
- (2) Die Komplementärfinanzierung nach § 13 Abs. 3 (Programmteil Komplementärfinanzierung Bundesprogramm Schule) kann der öffentliche Schulträger durch einen Darlehensvertrag mit der WIBank mit einer Laufzeit von zehn Jahren oder bis zu 30 Jahren sicherstellen. Darlehensgeberin ist die WIBank, Darlehensnehmerin ist der öffentliche Schulträger. Die Darlehenstilgung obliegt dem öffentlichen Schulträger. Die Darlehenszinsen für die ersten zehn Jahre der Darlehenslaufzeit trägt das Land. Ab dem elften Jahr tragen die öffentlichen Schulträger die Zinsen. Das Land gewährt den öffentlichen Schulträgern vom elften bis zum zwanzigsten Jahr der Darlehenslaufzeit eine Zinsdiensthilfe von einem Prozentpunkt. Bei einem Zinssatz von weniger als einem Prozent ist die Zinsdiensthilfe auf den tatsächlichen Zinssatz begrenzt.
- (3) Die im Programmteil Landesprogramm Schule antragsberechtigten öffentlichen Schulträger können für Investitionen in die Bildungsinfrastruktur Darlehensverträge mit der WIBank mit einer Laufzeit von bis zu 30 Jahren abschließen. Die Tilgung dieser Darlehen erfolgt über die Laufzeit zu drei Vierteln durch das Land und zu einem Viertel durch die öffentlichen Schulträger. Abs. 2 Satz 4 bis 7 gilt entsprechend.
- (4) Für die Programmteile Landesprogramm Schule und die Komplementärfinanzierung Bundesprogramm Schule nach diesem Teil gilt § 2 Abs. 4 Satz 1 bis 4 entsprechend. Die Mittel sind bis spätestens 31. Dezember 2025 zu verausgaben.

§ 15 Fördervoraussetzungen

- (1) Die Finanzhilfen des Bundes (Programmteil Bundesprogramm Schule) sind für Investitionen nach § 12 Abs. 1 und 2 des Kommunalinvestitionsförderungsgesetzes zu verwenden; dasselbe gilt für die Komplementärfinanzierungsdarlehen (Programmteil Komplementärfinanzierung Bundesprogramm Schule).
- (2) Darlehen für Maßnahmen im Programmteil Landesprogramm Schule sind für Investitionsmaßnahmen im Schulbereich einzusetzen. Hierzu zählen neben der Sanierung (auch in energetischer Sicht),

dem Umbau, der Erweiterung und dem Neubau von Gebäuden (Investitionsmaßnahmen an Gebäuden) auch Ausstattungsinvestitionen sowie die Anbindung an die Breitbandversorgung und deren Verbesserung. Zudem können notwendige bauliche Maßnahmen für Ganztagsangebote an Schulen sowie Einrichtungen zur Betreuung von Schülerinnen und Schülern gefördert werden, wenn sie der jeweiligen Schule zugeordnet werden können.

- (3) Die Maßnahmen müssen nach dem 30. Juni 2017 begonnen werden. Maßnahmen, die aus dem Programmteil Landesprogramm Schule finanziert werden, müssen bis zum 31. Dezember 2025 vollständig abgenommen sein. Für Maßnahmen aus dem Programmteil Bundesprogramm Schule und für die entsprechende Komplementärfinanzierung gilt für das Maßnahmenende § 13 Abs. 1 und 2 des Kommunalinvestitionsförderungsgesetzes.
- (4) Die Förderung erfolgt trägerneutral im Rahmen einer Projektförderung. Die öffentlichen Schulträger sollen Fördermittel aus ihrem Kontingent in angemessenem Umfang an Ersatzschulen im Sinne des § 170 Abs. 1 des Hessischen Schulgesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 30. Juni 2017 (GVBI. S. 150), zuletzt geändert durch Gesetz vom 18. März 2021 (GVBI. S. 166), weiterleiten. Dazu bewertet der öffentliche Schulträger die für eine Förderung gemeldeten Maßnahmen nach einheitlichen Maßstäben und nimmt sie in Reihenfolge ihrer Dringlichkeit in eine Liste auf, die der Zustimmung der Vertretungskörperschaft des öffentlichen Schulträgers bedarf.
- (5) Finanzierungsanteile Dritter mindern die förderfähigen Kosten.
- (6) § 5 Abs. 3 und 7 Satz 1 gilt entsprechend. § 4 des Kommunalinvestitionsförderungsgesetzes bleibt unberührt.

§ 16 Bewilligungsverfahren

- (1) Bewilligungsstelle für Förderungen nach § 13 Abs. 1 ist das für Finanzen zuständige Ministerium. Die Bewilligungsstelle kann ihre Befugnisse auf Dritte übertragen.
- (2) Anträge auf Förderung sind bis zum 31. Dezember 2018 nach einem vorgegebenen Muster zu stellen. Die Anträgsteller sind für die Einhaltung der Fördervoraussetzungen verantwortlich. Das Nähere regelt die Förderrichtlinie.
- (3) § 6 Abs. 4 gilt entsprechend.

§ 17 Verwendungsnachweis, Berichts- und Nachweispflichten

- (1) Die zweckentsprechende Verwendung der Fördermittel ist für jede Maßnahme durch den öffentlichen Schulträger innerhalb von sechs Monaten nach Abschluss der Maßnahme nachzuweisen.
- (2) Der öffentliche Schulträger hat über die geförderten Investitionsvorhaben sowie über die abgeschlossenen Maßnahmen bis zur Abgabe des Verwendungsnachweises halbjährlich zu berichten.
- (3) Das Nähere regelt die Förderrichtlinie.

Rückforderung und erneute Bereitstellung von Mitteln

- (1) Soweit bei einer Maßnahme Fördermittel nicht zweckentsprechend verwendet worden sind, werden die Finanzhilfen des Bundes und die Darlehen zurückgefordert. Dasselbe gilt bei Überschreiten der Förderquote im Programmteil Bundesprogramm Schule von 75 Prozent der förderfähigen Kosten bezogen auf die einzelne Maßnahme. Zurückgezahlte Fördermittel können für andere im jeweiligen Kontingent förderfähige Maßnahmen erneut angefordert und verwendet werden.
- (2) § 8 Abs. 1 und Abs. 3 gilt entsprechend.

§ 19

Anwendbarkeit von Vorschriften des Hessischen Finanzausgleichsgesetzes und der Hessischen Gemeindeordnung sowie Prüfungsrechte der Rechnungshöfe

Die §§ 11 und 12 gelten entsprechend.

Dritter Teil Schlussvorschrift

§ 20 Inkrafttreten, Außerkrafttreten

Dieses Gesetz tritt am Tage nach der Verkündung in Kraft. Es tritt mit Ablauf des 31. Dezember 2052 außer Kraft.

Anlage 1

(zu § 1 Abs. 1 Satz 1)

Kontingentverteilung Kommunalinvestitionsprogramm

GKZ	Kommunen	Kontingent Bundespro- gramm in Euro	davon Bundes- zuschuss in Euro	davon Kofinanzierung Bundes- programm in Euro	Kontingent Landes- programm in Euro	Gesamt- kontingent Landes- und Bundes- programm in Euro
6411000	DARMSTADT, WISSENSCHAFTSSTADT				15.477.039	15,477,039
6412000	6412000 FRANKFURT AM MAIN, STADT				26.399.629	26.399.629
6413000	6413000 OFFENBACH AM MAIN, STADT	20.963.802	18.866.802	2.097.000	10.240.571	31,204,373
6414000	6414000 WIESBADEN, LANDESHAUPTSTADT				18.593.740	18.593.740
6431000	6431000 LANDKREIS BERGSTRASSE				7.392.387	7.392.387
6431001	ABTSTEINACH				123.356	123,356
6431002	BENSHEIM, STADT				980,931	980,931
6431003	BIBLIS				301.538	301.538
6431004	BIRKENAU	781.820	702.820	000.67	259.130	1.040.950
6431005	BUERSTADT, STADT	1.389.479	1.250,479	139.000	458.525	1.848.004

				178.915	178.915
	815.343	733.343	82.000	267.811	1.083.154
	277.480	249.480	28.000	105.054	382.534
	299.705	269.705	30.000	107.039	406.744
				138.585	138,585
HEPPENHEIM (BERGSTRASSE), KREISSTADT				800.673	800.673
HIRSCHHORN (NECKAR), STADT				135.272	135.272
LAMPERTHEIM, STADT	2.492.230	2.242.230	250.000	711.103	3.203.333
LAUTERTAL (ODENWALD)				193.712	193,712
	354.087	318.087	36.000	118.389	472,476
6431016 LORSCH, KAROLINGERSTADT	1.059.715	953.715	106.000	426.284	1,485,999
	733.546	659.546	74.000	265.282	998.828
NECKARSTEINACH, STADT				143.876	143.876
				336.879	336.879

	6431020 VIERNHEIM, STADT	2.413.744	2.171.744	242.000	723.485	3,137,229
≩	6431021 WALD-MICHELBACH	829.424	746.424	83.000	275.434	1.104.858
\$	ZWINGENBERG, STADT				184.208	184.208
ן	6432000 LANDKREIS DARMSTADT-DIEBURG				7.711.393	7,711,393
H	ALSBACH-HAEHNLEIN				328.508	328,508
6432002 BA	BABENHAUSEN, STADT				434.559	434.559
BIC	BICKENBACH				162.131	162.131
	DIEBURG, STADT				628.354	628,354
6432005 EP	EPPERTSHAUSEN				175.233	175.233
H	ERZHAUSEN	541.460	486.460	55.000	218.596	760,056
FI 5	6432007 FISCHBACHTAL	187.154	168.154	19.000	84.482	271.636
6432008 GR	GRIESHEIM, STADT	1.888.322	1.699.322	189.000	597.399	2.485.721
GR G	GROSS-BIEBERAU, STADT				135.572	135,572
				2		

1.564.430
1.075.217
1.871.804
705,625

6433006 GROSS-GERAU, STADT 6433007 KELSTERBACH, STADT 6433008 MOERFELDEN-WALLDORF, STADT 6433010 RAUNHEIM, STADT 6433011 RIEDSTADT, STADT 1.636.892 1.472.892 1.64,000	GROSS-GERAU, STADT	JSTAVSBURG	TADT	6433003 BUETTELBORN 4 6433004 GERNSHEIM, SCHOEFFERSTADT 3 6433005 GINSHEIM-GUSTAVSBURG 4	923.461 830.461 93.000 siTADT	923.461 830.461 TADT
STADT 1.636.892	STAVSBURG J, STADT	SCHOEFFERSTADT		NY	923.461	1 RHEIN 923.461

6433013	STOCKSTADT AM RHEIN		174.969	174.969
5433014	6433014 TREBUR		396.710	396.710
6434000	6434000 HOCHTAUNUSKREIS		6.442.677	6.442.677
6434001	BAD HOMBURG VOR DER HOEHE, STADT		1.695.879	1,695.879
6434002	FRIEDRICHSDORF, STADT		787.583	787.583
6434003	6434003 GLASHUETTEN		159.551	159.551
6434004	6434004 GRAEVENWIESBACH		165.911	165.911
6434005	KOENIGSTEIN IM TAUNUS, STADT		658.469	658,469
6434006	6434006 KRONBERG IM TAUNUS, STADT		658.287	658.287
6434007	NEU-ANSPACH, STADT		414.681	414,681
6434008	6434008 OBERURSEL (TAUNUS), STADT		1.051.545	1.051.545
6434009	SCHMITTEN		330.272	330.272
6434010	STEINBACH (TAUNUS), STADT		357.582	357.582

6434011 USINGEN, STADT	1.052.048	946.048	106.000	436.314	1,488,362
WEHRHEIM				309.106	309.106
WEILROD				179.230	179.230
MAIN-KINZIG-KREIS				10.469.272	10,469,272
BAD ORB, STADT	917.029	825.029	92.000	368,903	1,285,932
6435002 BAD SODEN-SALMUENSTER, STADT	1.186.316	1.067.316	119.000	431.170	1.617.486
BIEBERGEMUEND				187.229	187.229
BIRSTEIN				181.637	181,637
BRACHTTAL	382.680	343.680	39.000	122.791	505,471
BRUCHKOEBEL, STADT	1.743.718	1.568.718	175.000	532,913	2,276,631
ERLENSEE	1.033.588	929.588	104.000	305.618	1.339.206
FLOERSBACHTAL	182.839	163.839	19.000	83.999	266.838
FREIGERICHT	1.036.374	932.374	104.000	318.397	1.354.771
	,				

6436005 HATTERSHEIM AM MAIN, STADT	1.916.143	1.724.143	192.000	596.002	2.512.145
6436006 HOCHHEIM AM MAIN, STADT				678.088	678.088
6436007 HOFHEIM AM TAUNUS, KREISSTADT				976.452	976.452
6436008 KELKHEIM (TAUNUS), STADT	2.042.038	1.837.038	205.000	632.591	2.674.629
6436009 KRIFTEL				333.998	333,998
6436010 LIEDERBACH AM TAUNUS				325.850	325.850
6436011 SCHWALBACH AM TAUNUS, STADT				580.157	580.157
6436012 SULZBACH (TAUNUS)				195.704	195.704
6437000 ODENWALDKREIS	7.571.632	6.813.632	758.000	3.485.316	11.056.948
6437001 BAD KOENIG, STADT	758.354	682.354	76.000	252.232	1,010,586
6437002 BEERFELDEN, STADT	433.214	389.214	44.000	141.236	574.450
6437003 BRENSBACH				164.223	164.223
6437004 BREUBERG, STADT				185.991	185.991

2002	6437005 BROMBACHTAL	271.806	243.806	28.000	99,446	371.252
006	6437006 ERBACH, KREISSTADT	1.142.189	1.027.189	115.000	430.220	1.572.409
6437007	FRAENKISCH-CRUMBACH				138.149	138.149
2008	6437008 HESSENECK	54.021	48.021	000'9	57.658	111.679
6437009	HOECHST IM ODENWALD	779.311	701.311	78.000	258.250	1,037,561
6437010	LUETZELBACH	545.021	490.021	55.000	148.860	693.881
7011	6437011 MICHELSTADT, STADT	1.368.317	1.231.317	137.000	462.274	1.830.591
6437012	MOSSAUTAL				127.594	127.594
6437013	REICHELSHEIM (ODENWALD)	645.082	580.082	65.000	242.428	887,510
6437014	ROTHENBERG	169.843	152.843	17.000	81.647	251.490
6437015	SENSBACHTAL	82.212	73.212	000'6	62.604	144.816
3000	6438000 LANDKREIS OFFENBACH				8.081.055	8.081.055
6438001	DIETZENBACH, KREISSTADT	2.493.415	2.243.415	250.000	693.540	3,186,955
			•			

6438002 DREIEICH, STADT				989.026	989.026
6438003 EGELSBACH				359.158	359.158
6438004 HAINBURG	997.752	897.752	100.000	326.731	1.324.483
6438005 HEUSENSTAMM, STADT				698.722	698.722
6438006 LANGEN (HESSEN), STADT	2.637.979	2.373.979	264.000	734,500	3.372.479
6438007 MAINHAUSEN	393.610	353.610	40.000	234.804	628.414
6438008 MUEHLHEIM AM MAIN, STADT	2.174.279	1.956.279	218,000	618,560	2.792.839
6438009 NEU-ISENBURG, STADT				898.203	898.203
6438010 OBERTSHAUSEN, STADT	1.556.720	1.400.720	156.000	579,466	2,136,186
6438011 RODGAU, STADT	3.152.927	2.836.927	316.000	852.787	4.005.714
6438012 ROEDERMARK, STADT	1.931.304	1.737.304	194.000	998'366	2,529,670
6438013 SELIGENSTADT, STADT				732.567	732.567
6439000 RHEINGAU-TAUNUS-KREIS				6.290.849	6.290.849

5439001	6439001 AARBERGEN				177.364	177.364
6439002	BAD SCHWALBACH, KREISSTADT	908.738	817.738	91.000	379.468	1.288.206
6439003	ELTVILLE AM RHEIN, STADT				683.490	683.490
5439004	6439004 GEISENHEIM, STADT	933.732	839.732	94.000	402.124	1,335,856
6439005	HEIDENROD	626.653	563.653	63.000	226.052	852,705
6439006	HOHENSTEIN				178.777	178.777
5439007	6439007 HUENSTETTEN	745.512	670.512	75.000	261.490	1.007.002
6439008	IDSTEIN, STADT				767.825	767.825
6439009	KIEDRICH				143.924	143,924
5439010	6439010 LORCH, STADT	287.419	258.419	29.000	103.621	391,040
6439011	NIEDERNHAUSEN				417.717	417.717
5439012	6439012 OESTRICH-WINKEL, STADT	809.697	728.697	81.000	274.142	1.083.839
6439013	RUEDESHEIM AM RHEIN, STADT	832.680	748.680	84.000	367.356	1.200.036
6439014	SCHLANGENBAD				177.844	177.844

UNUS	6439015 TAUNUSSTEIN, STADT				853.119	853,119
6439016 WALDEMS	/S				164.013	164.013
WALLUF	F				150.178	150.178
	6440000 WETTERAUKREIS				8.012.976	8.012.976
L EK	6440001 ALTENSTADT				382.743	382,743
Q Q	BAD NAUHEIM, STADT	2.584.753	2.325.753	259.000	669.042	3.253.795
) O	BAD VILBEL, STADT				881.307	881.307
EDI	BUEDINGEN, STADT	1.733.692	1.559.692	174.000	534.280	2,267,972
BUTZB, STADT	6440005 BUTZBACH, FRIEDRICH-LUDWIG-WEIDIG- STADT	2.101.997	1.890.997	211.000	602.129	2.704.126
ECHZELL	ELL				173.047	173.047
ORS	FLORSTADT, STADT	657.457	591.457	66.000	240.902	898.359
ED	FRIEDBERG (HESSEN), KREISSTADT	2.084.588	1.875.588	209.000	628.312	2.712.900

6440023 ROSBACH VOR DER HOEHE, STADT				361.117	361.117
6440024 WOELFERSHEIM	719.324	647.324	72.000	267.888	987.212
6440025 WOELLSTADT				179.247	179.247
6531000 LANDKREIS GIESSEN	19.352.144	17.416.144	1.936.000	6.304.942	25,657,086
ALLENDORF (LUMDA), STADT	279.320	251.320	28.000	108.868	388,188
BIEBERTAL				359,212	359.212
BUSECK				400.655	400.655
FERNWALD				177.925	177,925
GIESSEN, UNIVERSITAETSSTADT	6.627.670	5.964.670	663.000	2.063.881	8,691,551
GRUENBERG, STADT	1.051.557	945.557	106.000	420.377	1,471,934
6531007 НЕUCHELHEIМ				182.503	182.503
HUNGEN, STADT	1.054.574	948.574	106.000	411.092	1.465.666
LANGGOENS				380.368	380'368

8.165.926 376.464 140.399 1.138.385	8.165.926 376.464 140.399 275.553	87.000	775.832	862.832	6532000 LAHN-DILL-KREIS 6532001 ASSLAR, STADT 6532002 BISCHOFFEN 6532003 BRAUNFELS, STADT
383.070	383.070				WETTENBERG
833.697	227.601	61.000	545.096	960:909	STAUFENBERG, STADT
361.407	361.407				6531016 REISKIRCHEN
515.289	123.029	40.000	352.260	392.260	RABENAU
1,812,216	368.800	145.000	1.298.416	1.443.416	РОНLНЕІМ, STADT
1.010.210	262.346	75.000	672.864	747.864	6531013 LOLLAR, STADT
388.687	388.687				6531012 LINDEN, STADT
1.436.637	422.077	102.000	912.560	1.014.560	6531011 LICH, STADT
1,203,698	377.953	83.000	742,745	825.745	6531010 LAUBACH, STADT

6534014 MARBURG, UNIVERSITAETSSTADT			0000	2.539.323	2.539.323
	265.027	238.027	27.000	98.623	363.650
	792.478	712.478	80,000	247.632	1.040.110
	347.885	312.885	35.000	114.307	462.192
				677.478	677.478
				143.578	143.578
				191.806	191.806
	775.547	697.547	78.000	249.285	1.024.832
	185.512	166.512	19.000	83.492	269.004
	8.509.219	7.658.219	851.000	3.569.814	12,079,033
	1.305.661	1.174.661	131.000	456.437	1.762.098
	157.664	141.664	16.000	79.787	237.451
	206.469	185.469	21.000	84.640	291.109

6631023	6631023 TANN (RHOEN), STADT	357.604	321.604	36.000	118.707	476,311
6632000	6632000 LANDKREIS HERSFELD-ROTENBURG				5.450.885	5.450.885
6632001	ALHEIM	364.104	327.104	37.000	129.681	493.785
6632002	BAD HERSFELD, KREISSTADT	2.172.916	1.954.916	218.000	641.086	2,814,002
6632003	BEBRA, STADT	1.281.025	1.152.025	129.000	441.435	1,722,460
6632004	6632004 BREITENBACH AM HERZBERG	155.971	139.971	16.000	76.878	232.849
6632005	CORNBERG	126.743	113.743	13.000	69.716	196.459
6632006	FRIEDEWALD				124.786	124.786
6632007	6632007 HAUNECK	232.198	208.198	24.000	96.011	328.209
6632008	HAUNETAL	225.815	202.815	23.000	92.458	318,273
6632009	6632009 HERINGEN (WERRA), STADT				478.963	478.963
6632010	HOHENRODA	229.288	206.288	23.000	92,627	321.915
6632011	KIRCHHEIM				146.367	146.367

633018	6633018 NAUMBURG, STADT	386.746	347,746	39.000	121.564	508.310
6633019	NIESTE	128.693	115.693	13.000	73.060	201.753
633020	6633020 NIESTETAL				342,413	342.413
6633021	OBERWESER	254.508	228.508	26.000	94.414	348,922
6633022	REINHARDSHAGEN	344.015	309.015	35.000	113.537	457,552
6633023	SCHAUENBURG	818.893	736.893	82.000	258.879	1.077.772
633024	6633024 SOEHREWALD	375.853	337.853	38.000	117.558	493.411
6633025	TRENDELBURG, STADT	413.691	371.691	42.000	121.999	535.690
6633026	VELLMAR, STADT	1.626.472	1.463.472	163.000	495.020	2,121,492
6633027	WAHLSBURG	191.307	171.307	20.000	79.933	271.240
6633028	WOLFHAGEN, STADT	1.111.229	999.229	112.000	410.917	1,522,146
633029	6633029 ZIERENBERG, STADT	463.053	416.053	47.000	139.990	603.043
6634000	SCHWALM-EDER-KREIS	14.928.557	13.435.557	1.493.000	4.734.003	19.662.560
						- 1

6635000 LANDKREIS WALDECK-FRANKENBERG	11.634.243	10.470.243	1.164.000	4,439,933	16.074.176
6635001 ALLENDORF (EDER)				433.962	433.962
BAD AROLSEN, STADT	1.385.690	1.246.690	139,000	460.823	1.846.513
BAD WILDUNGEN, STADT	1.545.767	1.390.767	155.000	486.380	2.032.147
BATTENBERG (EDER), STADT				521.392	521,392
BROMSKIRCHEN	66.519	59.519	7.000	76.007	142,526
BURGWALD				161.581	161.581
DIEMELSEE	334.152	300.152	34.000	119.406	453,558
DIEMELSTADT, STADT				165.904	165,904
EDERTAL	599.643	539.643	000.00	149.815	749,458
FRANKENAU, STADT	260,961	233.961	27.000	94.647	355,608
FRANKENBERG (EDER), STADT	1.493.750	1.343.750	150.000	488.235	1.981.985
GEMUENDEN (WOHRA), STADT	273,945	245.945	28.000	110.678	384.623
HAINA (KLOSTER)	322.146	289.146	33.000	103.258	425.404

6635014 HATZFELD (EDER), STADT				134.105	134.105
KORBACH, KREISSTADT	1.808.223	1.627.223	181.000	562.366	2.370.589
6635016 LICHTENFELS, STADT	302,801	271.801	31.000	112.111	414.912
6635017 ROSENTHAL, STADT	161.893	144.893	17.000	81.300	243,193
TWISTETAL	350,953	314.953	36.000	113.830	464,783
	504.033	453.033	51.000	131.958	635.991
6635020 VOLKMARSEN, STADT				189.195	189.195
6635021 WALDECK, STADT	548.761	493.761	55.000	149.613	698.374
WILLINGEN (UPLAND)				171.602	171,602
6636000 WERRA-MEISSNER-KREIS	8.934.279	8.040.279	894.000	3.628.295	12,562,574
BAD SOODEN-ALLENDORF, STADT	759.573	683.573	76.000	242.531	1.002.104
BERKATAL				113.807	113.807
ESCHWEGE, KREISSTADT	1.739.080	1.565.080	174.000	518.672	2.257.752

Anlage 2

(zu § 13 Abs. 1)

Kontingentverteilung Kommunalinvestitionsprogramm II

	Kommunen	Kontingent Bundes- programm in Euro	davon Bundeszuschuss in Euro	Davon Kofinanzierung Bundes- programm in Euro	Kontingent Landes- programm in Euro	Gesamt- kontingent in Euro
06431000	LANDKREIS BERGSTRASSE	20.639.935	15.479.935	5.160.000		20,639,935
06432000	LANDKREIS DARMSTADT-DIEBURG				9.330.600	9.330.600
06436000	MAIN-TAUNUS-KREIS				13.125.150	13,125,150
06437000	ODENWALDKREIS	8.713.414	6.534.414	2.179.000	1.320.027	10.033.441
06438000	LANDKREIS OFFENBACH	23.755.774	17.816.774	5.939.000		23.755.774
06439000	RHEINGAU-TAUNUS-KREIS	12.222.438	9.166.438	3.056.000	1.851.402	14.073.840
06440000	WETTERAUKREIS	29.725.011	22.293.011	7.432.000		29,725,011
06533000	LANDKREIS LIMBURG-WEILBURG	20.750.157	15.562,157	5.188.000		20,750,157
06535000	VOGELSBERGKREIS	10.478.455	7.858,455	2.620.000	1.588.018	12.066.473
00028990	LANDKREIS HERSFELD-ROTENBURG	10.674.265	8.005.265	2.669.000	1.616.856	12.291.121
00088990	LANDKREIS KASSEL	18.853.499	14.139.499	4.714.000		18.853.499

43.857.900	43.857.900				FRANKFURT AM MAIN, STADT	06412000
24.370.110		6.093.000	18.277.110	24.370.110	DARMSTADT, WISSENSCHAFTSSTADT	06411000
16,980,135	2.233.767	3.687.000	11.059.368	14.746.368	LANDKREIS FULDA	06631000
12.698.887	1.670.988	2.757.000	8.270.899	11.027.899	LANDKREIS MARBURG-BIEDENKOPF	06534000
25.183.825		6.296.000	18.887.825	25.183.825	LAHN-DILL-KREIS	06532000
16.388.651	2.157.118	3.558.000	10.673.533	14.231.533	LANDKREIS GIESSEN	06531000
31.890.980		7.973.000	23.917.980	31.890.980	MAIN-KINZIG-KREIS	06435000
9.704.100	9.704.100				HOCHTAUNUSKREIS	06434000
20.093,907		5.024.000	15.069.907	20.093.907	LANDKREIS GROSS-GERAU	06433000
12.413.378	1.633.744	2.695.000	8.084.634	10.779.634	WERRA-MEISSNER-KREIS	0009E990
16.917.140	2.226.063	3.673.000	11.018.077	14.691.077	LANDKREIS WALDECK-FRANKENBERG	00038990
22.363.230		5.591.000	16.772.230	22.363.230	SCHWALM-EDER-KREIS	06634000

